



# Engagement für **soziale** **Gerechtigkeit**

Ein gutes Leben für Alle.  
[oegb.at](http://oegb.at)

**OGB**



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 | [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

Inhalt und Grafik: Internationales Referat des ÖGB (2023)

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH, A-1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Fotos: schoenfotoğrafiret (S. 3) | ÖGB/Michael Wögerer (S. 4) | Verlag des ÖGB (S.9) | ILO/Mirza A (S. 10) | EGB (S. 22) | Horst Wagner.eu/ITUC (S. 24) | ÖGB-Archiv: Markat (S. 6) | Eitelberger (S. 13) | Korp (S. 14) | Thums (S. 14) | ÖGB-Voralberg (S. 17) | GPA (S. 20) | Reimer (S. 22)

# Inhalt

## Vorwort

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian 2

## Unsere Mission

Wir stehen für soziale Gerechtigkeit 4

## Geschichte der Gewerkschaften in Österreich

Die Wurzeln der österreichischen Gewerkschaftsbewegung 5

Verbot der Gewerkschaften – ein dunkles Kapitel 6

Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 7

## Vertretung von Arbeitnehmer:inneninteressen in Österreich heute

Die Betriebsräte 8

Der Österreichische Gewerkschaftsbund 8

Die Arbeiterkammern 11

Die Sozialpartnerschaft 12

## Unsere Ziele

16

## Die internationalen Beziehungen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung

21

# Vorwort

In der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) hat es viele Umbrüche gegeben. Umbrüche, die zu Neuanfängen führten. Das Ziel war und bleibt, ein gutes Leben für alle arbeitenden Menschen zu erreichen. Vor fast genau 100 Jahren, zwischen den beiden Weltkriegen, haben unsere Vorfahren für die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung gekämpft und zahlreiche sozialpolitische Errungenschaften durchgesetzt, die den Arbeitnehmer:innen noch heute zugutekommen. Die Schrecken des Nationalsozialismus, die auch viele unserer Kolleginnen und Kollegen das Leben kosteten, führten nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer neuen Entwicklung, als der ÖGB beschloss, alle Gewerkschaften und politischen Richtungen zu vereinen und sich mit vereinten Kräften für die Interessen der Arbeitnehmer:innen, für Frieden, Demokratie und Menschenrechte einzusetzen.

Österreichs Weg zu Wohlstand und sozialem Frieden ist seit vielen Jahrzehnten durch den gut funktionierenden sozialen Dialog, die sogenannte "Sozialpartnerschaft", gekennzeichnet. Die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeitgeberseite ist getragen von dem Interesse, auf Augenhöhe zu verhandeln

und gemeinsam zum Interessenausgleich beizutragen. Der ÖGB ist immer offen dafür, auf Augenhöhe zu verhandeln; wir sind aber auch bereit, den Verhandlungstisch zu verlassen und alle gewerkschaftlichen Ressourcen einzusetzen, um die Interessen der Arbeitnehmer:innen durchzusetzen, wenn es nicht anders geht.

Wir wissen, dass wir diesen Kampf für ein gutes Leben nicht allein führen können und dürfen. In Solidarität mit Gewerkschaften in aller Welt und mit vielen sympathisierenden Organisationen werden wir uns weiterhin für ein gutes Leben für alle, für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Die globalen Herausforderungen, wie Kriege, Hunger, Armut, Zerstörung von Demokratien, technologischer Wandel, eine zunehmend globale Wirtschaftsmacht und nicht zuletzt die massiven Klimaveränderungen, die sich für die Menschen derzeit zu einer Katastrophe entwickeln, werden unsere gemeinsame Aufgabe auf die Probe stellen.

Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische, sondern vor allem auch eine soziale Frage. Sie wird sowohl den Arbeitsalltag als auch das private Leben aller grundlegend verändern. Die größte Heraus-



„In Solidarität mit Gewerkschaften in aller Welt und mit vielen sympathisierenden Organisationen werden wir uns weiterhin für ein gutes Leben für alle, für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen.“

forderung besteht darin, sicherzustellen, dass bei diesem gravierenden Veränderungsprozess die Arbeitnehmer:innen nicht vergessen werden und nicht am Ende die Leidtragenden sind. Der ÖGB fordert deshalb, dass den zweifellos notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Klimas und unseres Lebensraums ein Konzept zugrunde liegen muss, das für alle einen leistbaren und gerechten Übergang gewährleistet. Wir bezeichnen diese Herangehensweise als „Just Transition“.

Wir sind bereit, die Zukunft so mitzugestalten, dass das gute Leben für alle Menschen im Mittelpunkt der Veränderungen steht!

Wolfgang Katzian  
Präsident des ÖGB

# Unsere Mission



## Wir stehen für soziale Gerechtigkeit.

Wir arbeiten mit aller Kraft dafür, dass alle Menschen auf soziale Sicherheit vertrauen können; dass der vorhandene Wohlstand gerecht verteilt wird; und dass alle Menschen – alt oder jung, Männer oder Frauen, beschäftigt oder arbeitslos, krank oder gesund, in Österreich geboren oder nicht – die gleichen Chancen haben.

Wir wenden uns kompromisslos gegen jede Art von Diskriminierung, Repression, Rassismus, Sexismus, Faschismus und Diktatur.

Unsere Mitglieder machen uns stark.

Mit ihnen gemeinsam kämpfen wir für eine gerechte Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen und fairem Einkommen; für gesetzlich und kollektivvertraglich geregelte und rechtlich verbindliche Arbeitsbeziehungen und für starke Mitbestimmung; und für eine nachhaltig positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Wir sorgen in den Betrieben und Dienststellen, in den Branchen, in der Sozialpartnerschaft, der Sozialversicherung und gegenüber der Politik dafür, dass die Interessen der Arbeitnehmer:innen eine starke Vertretung haben.



# Geschichte der Gewerkschaften in Österreich

Die Wurzeln der österreichischen Gewerkschaftsbewegung reichen bis in die Zeiten der Habsburgermonarchie zurück. Die ersten Arbeiter:innenvereine waren in den 1840er Jahren entstanden, 1870 wurden mit dem Koalitionsgesetz die Rechtsverhältnisse von Gewerkschaften erstmals geregelt.

Die Organisationsstruktur der ersten Gewerkschaften war lokal beschränkt. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine branchen- und regionenübergreifende Gewerkschaftsorganisation mit ständig steigender Mitgliederzahl. Aufgrund ihrer Stärke erreichten die Gewerkschaften erste grundlegende Sozialrechte (Verbot der Sonntagsarbeit, Einführung einer Kranken- und Unfallversicherung, 10-Stunden-Tag, Nachtarbeitsverbot für Frauen). Darüber hinaus verhalf die steigende Anzahl von Kollektivverträgen zu Regelungen von Arbeitszeiten, Mindestlöhnen, Überstundenvergütungen und vielem mehr.

Das Ende der Monarchie war von großer sozialer Unzufriedenheit begleitet und führte zu einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung, z. B. zur spontanen Bildung

von Arbeiter- und Soldatenräten. Die sozialpolitisch Verantwortlichen der Ersten Republik reagierten auf diesen Unmut und schufen z. B. das Betriebsrätegesetz (1918), das Kollektivvertragsgesetz (1919) oder die Arbeiterkammern (1920). Bis 1934 konnten weitere Errungenschaften wie die Einführung des Achtstundentages oder einer Arbeitslosenunterstützung durchgesetzt werden. Zwar waren die Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt schon überregional und branchenweit organisiert, politisch jedoch waren sie in sozialdemokratische, christliche, deutschnationale und andere Richtungsgewerkschaften zersplittert. Sie arbeiteten oft gegeneinander, was zu einer Schwächung der Bewegung insgesamt führte. Ein zusätzliches



1944: Pause in der Bäckerei Anker



1952: Streik der Wiener Handelsangestellten

Problem waren die „gelben Gewerkschaften“: Als vom Unternehmen direkt abhängige Betriebsorganisationen fungierten sie vor allem als Streikbrecher.

## Verbot der Gewerkschaften – ein dunkles Kapitel

Seit den 1920er Jahren gab es Bestrebungen konservativer bürgerlicher Eliten, erkämpfte demokratische und soziale Rechte abzubauen. 1933 legte die christlichsoziale Regierung das Parlament lahm, 1934 wurde Militär gegen protestierende Arbeiter:innen eingesetzt. Ein kurzer, blutiger Bürgerkrieg setzte einen vorläufigen Schlusspunkt unter die unabhängige Arbeiter:innenbewegung in Österreich. Die austrofaschistische Regierung verbot die freien Gewerkschaften, auch das

Streikrecht wurde abgeschafft. Von staatlichen Stellen wurde eine Einheitsgewerkschaft gegründet, deren Repräsentant:innen vom Sozialministerium ernannt wurden.

1938, als der Einmarsch der Truppen des faschistischen Deutschlands die staatliche Existenz Österreichs auslöschte, verschlechterte sich die Situation weiterhin. Österreichische Arbeitnehmer:innen wurden meist zwangsweise von der „Deutschen Arbeitsfront“ organisiert, deren Aufgabe vor allem in der Motivierung der Arbeiterschaft zu Zwecken der Kriegsproduktion lag. Jeglicher Widerstand wurde scharf verfolgt. Viele engagierte österreichische Gewerkschafter:innen wurden in den Konzentrationslagern des Nazi-Regimes ermordet.

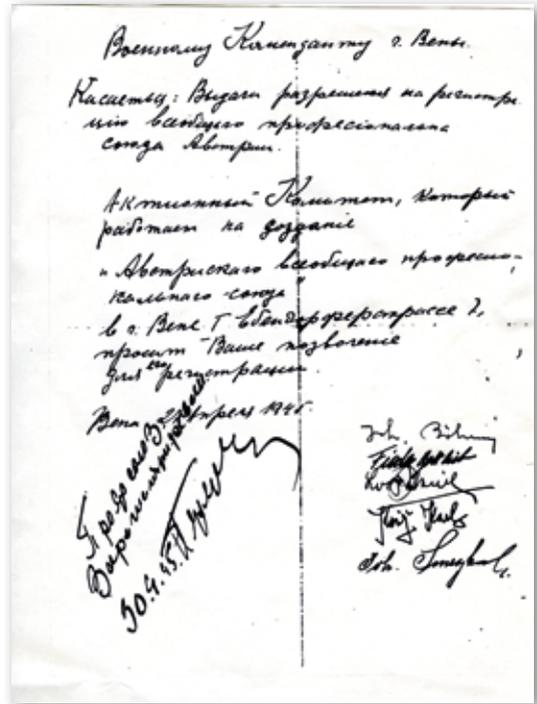


## Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945

Noch während des Zweiten Weltkrieges hatten gewerkschaftliche Aktivist:innen die Gründung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation nach der Wiederbegründung eines unabhängigen Staates Österreich geplant. Diese Entscheidung muss vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen gesehen werden, die man mit den politischen Richtungsgewerkschaften während der Ersten Republik gemacht hatte. Weit davon entfernt, Arbeitnehmer:innenrechte zu sichern, hatte dieser gewerkschaftliche Pluralismus damals zur Schwächung der Arbeiter:innenbewegung im Angesicht der Gefahren von Faschismus und Krieg geführt.

Schon im April 1945, noch in den Trümmern von Krieg und Zerstörung, gründeten sozialdemokratische, christlichsoziale und kommunistische Funktionär:innen gemeinsam den bis heute bestehenden Österreichischen Gewerkschaftsbund.

Nur wenigen Ländern Europas ist es gelungen, eine einheitliche Interessenvertretung aller gewerkschaftlich organi-



Im April 1945 trafen sich sozialdemokratische, kommunistische und christliche Gewerkschafter und gründeten den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB).

sierten Arbeitnehmer:innen aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Die Mitgliederentwicklung des ÖGB zeigte, wie sehr dieser Ansatz akzeptiert wurde. Im europäischen und weltweiten Vergleich zählt der ÖGB zu jenen Gewerkschaftsverbänden mit einem sehr hohen Anteil an Mitgliedern unter der arbeitenden Bevölkerung.



# Vertretung von Arbeitnehmer:inneninteressen in Österreich heute

Im Verlauf der Geschichte der österreichischen Arbeiter:innenbewegung und den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen entsprechend hat sich ein vielschichtiges System der Interessenvertretung entwickelt. Es besteht aus folgenden drei Säulen:

## Die Betriebsräte

Auf betrieblicher Ebene wird die Interessenvertretung der Beschäftigten von gewählten Betriebsräten oder, im öffentlichen Dienst, von Personalvertretungen wahrgenommen. Bei Betrieben mit mehr als fünf Arbeitnehmer:innen sieht das Arbeitsverfassungsgesetz die Wahl einer Betriebsratskörperschaft oder einer Personalvertretung vor. Wahlberechtigt sind alle Beschäftigten, nicht nur Gewerkschaftsmitglieder. Für die Mitglieder der Betriebsräte gilt ein besonderer Kündigungsschutz. Sie haben genau festgelegte Mitwirkungs-, Informations-, Interventions- und Überwachungsrechte auf betrieblicher Ebene. Auf Basis der von den Branchengewerkschaften jährlich

verhandelten Kollektivverträgen schließen sie betriebliche Vereinbarungen mit dem Unternehmen ab, die über, jedoch nicht unter den kollektivvertraglichen Standards liegen können. Betriebsrät:innen sind berechtigt, zu ihren Beratungen Vertreter:innen der zuständigen Gewerkschaften hinzuzuziehen.

Mehr als 80 Prozent der Betriebsratsmitglieder gehören heute dem ÖGB als Mitglied an. Durch sie erfahren die Gewerkschaften aus erster Hand von den Sorgen und Nöten der Arbeitnehmer:innen und können, beispielsweise bei Kollektivvertragsverhandlungen, reagieren.

## Der Österreichische Gewerkschaftsbund

Der ÖGB, gegründet 1945, ist in Österreich die einzige Interessenvertretung für Arbeitnehmer:innen auf freiwilliger Basis. Der ÖGB ist überparteilich, nimmt zur Durchsetzung seiner Ziele aber naturgemäß Einfluss auf politische Parteien und die Regierung. Gewerkschafter:in-

## DIE BETRIEBSRÄT:INNEN

- schauen darauf, dass deine Rechte im Job eingehalten werden
- verhandeln für dich Betriebsvereinbarungen
- tragen deine Wünsche zum Kollektivvertragsteam der Gewerkschaft



## DIE ARBEITERKAMMER

- ist deine Anwältin in der Arbeitswelt
- berät dich vom Konsumentenschutz bis zum Steuerrecht
- begutachtet Gesetze und deckt Fallstricke in Verträgen auf

## DIE GEWERKSCHAFTEN

- beraten dich und unterstützen dich vor Gericht
- verhandeln die Kollektivverträge
- wenn es drauf ankommt: Demonstrationen und Streiks

**NUTZE DEINE KRÄFTE!**

**BR OGB AK**

Mehr auf [www.deineDrei.at](http://www.deineDrei.at)

nen üben auch politische Funktionen, zum Beispiel als Abgeordnete im Nationalrat oder in Landtagen, aus. Gewerkschafter:innen waren immer wieder auch in Regierungsfunktionen (v. a. im Sozialressort) oder anderen staatlichen Ämtern tätig.

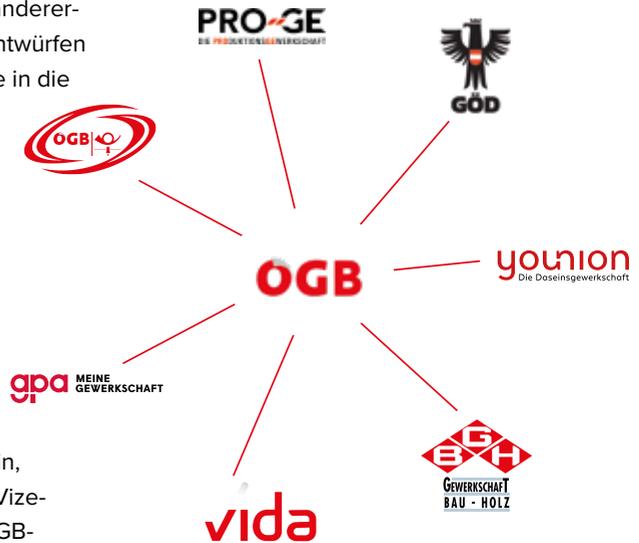
Gewerkschaftsmitglieder können sich einer der innerhalb des ÖGB bestehenden Fraktionen mit parteipolitischer oder ideologischer Orientierung anschließen. Die größten dieser derzeit bestehenden Fraktionen sind die sozialdemokratischen und die christlichen Gewerkschafter:innen, weiters gibt es kommunistische, grüne u. a. Gruppierungen.

Gewerkschaftsmitglieder haben Anspruch auf Rechtsberatung, Rechtsvertretung vor Gericht und andere Serviceleistungen. Sie profitieren auch von den vielen Kollektivverträgen, die die im ÖGB vereinten Gewerkschaften auf Branchenebene jedes Jahr verhandeln. Das dichte Netz von Kollektivverträgen kommt allen Arbeitnehmer:innen in Österreich zugute. Darin sind unter anderem Arbeitszeitregelungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Zulagen, Überstundenentgelte und vieles mehr geregelt. Auch die jährlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen werden auf kollektivvertraglicher Basis vereinbart. In der Entstehung von Gesetzen kommt dem ÖGB eine wichtige Funktion zu.

Einerseits werden auf Anregung des ÖGB-Gesetzesentwürfe initiiert, andererseits gibt der ÖGB zu Gesetzesentwürfen politische Stellungnahmen ab, die in die Beschlussfassung einfließen.

## Struktur des ÖGB

Das höchste Gremium des ÖGB ist der Bundeskongress, der alle vier Jahre stattfindet. Der Bundeskongress legt die Schwerpunkte und politischen Ziele für die kommende Periode fest und wählt den/die Präsident:in, einen Vizepräsidenten und eine Vizepräsidentin, die Mitglieder des ÖGB-Vorstandes und der Kontrollkommission. Das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Kongressen ist der Bundesvorstand, der aus den Mitgliedern des Vorstandes, Vertreter:innen der Gewerkschaften, der Frauen-, Jugend- und Pensionist:innenabteilung des ÖGB besteht. Der Vorstand setzt sich aus dem Präsidenten oder der Präsidentin, den Vizepräsident:innen, den Gewerkschaftsvorsitzenden und den Leitenden Sekretär:innen zusammen. Er koordiniert die aktuelle politische Arbeit des ÖGB. Auf Branchen- und Betriebsebene sind vor allem die Gewerkschaften tätig, sie verhandeln über die Lohnerhöhungen, unterstützen die Betriebsrät:innen bei Wahlen, Rechtsfragen und vielem mehr.



Bei seiner Gründung 1945 hatte der ÖGB 16 Gewerkschaften, durch Fusionen sind es inzwischen sieben:

- › GPA: Gewerkschaft der Privatangestellten
- › GÖD: Gewerkschaft öffentlicher Dienst
- › Younion: Die Daseinsgewerkschaft
- › GBH: Gewerkschaft Bau-Holz
- › vida: Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft
- › GPF: Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten
- › PRO-GE: Produktionsgewerkschaft

## Kollektivvertragsverhandlungen

Im Rahmen ihres Mandats für Kollektivvertragsverhandlungen schließen die Gewerkschaften innerhalb des ÖGB fast 800 Verträge ab, wobei jedes Jahr etwa 450 Verträge verhandelt werden. Kollektivverträge gelten in Österreich für alle Betriebe und alle Arbeitnehmer:innen des jeweiligen Geltungsbereichs, nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder. Laut OECD gibt es in Österreich eine Kollektivvertragsdichte von über 98 Prozent, das führt zu hoher Einkommenssicherheit für die Beschäftigten und zu gleichen Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen. Auch darin liegt eine historische Besonderheit des österreichischen Systems. Neben guten Einkommen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den steigenden Preisen mithalten, sind auch gute rechtliche Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmer:innen Ziele der Kollektivvertragspolitik.

### Die Arbeiterkammern

Den Unternehmen hatte der Staat bereits im 19. Jahrhundert institutionalisierte Möglichkeiten der Standesvertretung bzw. Mitsprache bei relevanten Gesetzesvorhaben in Form der Handelskammern eingeräumt. Für die Arbeitnehmer:innen wurden vergleichbare Gremien erst 1920 geschaf-

### Deine Vorteile eines Kollektivvertrages:

- ☑ Gute Arbeitsbedingungen
- ☑ Jährliche Lohn- und Gehaltserhöhungen
- ☑ Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- ☑ Kürzere Arbeitszeiten
- ☑ Bessere Urlaubsregelungen

**ÖGB**

fen – die Kammern für Arbeiter und Angestellte, die es in jedem der neun Bundesländer in Österreich gibt. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften, bei denen die Mitgliedschaft auf Freiwilligkeit beruht, gehören die unselbstständig Erwerbstätigen (ausgenommen jene im öffentlichen Dienst) diesen Arbeiterkammern verpflichtend an; auch die Kammern der Unternehmer oder freiberuflich Tätigen weisen dieses Kennzeichen der Pflichtmitgliedschaft auf.

Die Finanzierung der Arbeiterkammern erfolgt durch die Einhebung einer Kammerumlage, die die politische Unabhängigkeit der Institution garantieren soll. Funktionär:innen werden von den Mitgliedern alle fünf Jahre gewählt. Zwischen den Arbeiterkammern und den Gewerkschaften besteht eine enge Kooperation, auf politischer Ebene wie auch personell.

# DIE SOZIAL PARTNER ÖSTERREICH



## Die Sozialpartnerschaft

Die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft ist eine typisch österreichische Einrichtung. Darunter versteht man die freiwillige und informelle wirtschafts- und sozialpolitische Kooperation von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer:innenvertretungen zur Abstimmung von Interessen. Es handelt sich im Kern um ein bipartites System, das aber nach Erfordernis (durch Einbeziehung der Regierung) auch tripartite Elemente enthält.

Zu den Aufgaben der Kammern für Arbeiter und Angestellte gehören:

- Die Einbringung und Begutachtung von Gesetzesentwürfen von Gesetzesvorschlägen, die für die Beschäftigten relevant sind
- Grundlagenforschung zur wirtschafts- und sozialpolitischen Themen
- Mitwirkung in staatlichen Kommissionen und Beiräten
- Mitglieder-Service (z. B. Beratung in den Bereichen Steuerrecht, Arbeitslosen- und Sozialversicherung, Konsument:innenschutz)
- Mitwirkung in den Gremien der Sozialpartnerschaft

Die Arbeiterkammern verhandeln jedoch keine Kollektivverträge und vertreten ihre Mitglieder nicht international – diese Aufgaben sind der Gewerkschaftsbewegung vorbehalten.

Grundlage für das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft war die Bereitschaft der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger nach 1945, den Wiederaufbau der durch die Kriegsergebnisse teilweise zerstörten Wirtschafts- und Infrastruktur in einem nationalen Konsens durchzuführen. Mit diesem Bekenntnis zum sozialen Dialog wurde einseitigen wirtschaftsliberalen Bestrebungen, die 1950 zu Protesten der Arbeiter:innenschaft geführt hatten, eine Absage erteilt. Mit den Jahren weitete sich die Interessenabstimmung zwischen Gewerkschaften und Unternehmen auf weitere Bereiche aus.

Zunehmend wurden auch gesellschaftspolitische Fragen einbezogen, etwa Wirtschaftswachstum, Gleichstellung, Bildung, Integration und andere Themen.





Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 wurde in engem Zusammenwirken von Sozialpartnern und Regierung vorbereitet. In einem Europa-Abkommen verpflichtete sich die Regierung zur Einbeziehung der Sozialpartner in europapolitische Entscheidungen. Aufgrund dieser Vereinbarung unterhalten ÖGB und Bundesarbeitskammer Verbindungsbüros in Brüssel.

Beteiligt an der Sozialpartnerschaft sind folgende vier Verbände:

- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Bundesarbeitskammer
- Wirtschaftskammer Österreich
- Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern

Der rasche wirtschaftliche Aufschwung im Nachkriegsösterreich ist nicht zuletzt der Sozialpartnerschaft zu verdanken. Der Wirtschaftsstandort Österreichs zeichnet sich durch besondere Stabilität aus, die auf die Politik des sozialen Dialogs und damit auf den sozialen Frieden zurückzuführen ist.

Das System der Sozialpartnerschaft hat aber unter der 2017 gewählten ÖVP-FPÖ-Regierung stark gelitten: Sie führte die Flexibilisierung der Arbeitszeit ein (12 Stunden pro Tag, 60 Stunden pro Woche), forcierte die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger und vieles mehr. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung mobilisierte zwar über 100.000 Menschen, um gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit zu demonstrieren, leider ohne Erfolg. Durch die Coronapandemie wurde die Wichtigkeit der Sozialpartnerschaft seitens der ÖVP-Grünen Regierung erkannt, so sind wichtige Maßnahmen wie die Kurzarbeitsregelung oder die Home-Office-Regelung von den Sozialpartnern verhandelt worden.

Es gilt jetzt die Sozialpartnerschaft als starke Einrichtung wieder zu installieren und zwar langfristig, um die Herausforderungen von heute und morgen für die Arbeitnehmer:innen und für den Standort Österreichs bestens zu meistern.



1983: EGB-Demonstration in Brüssel. Bis heute beteiligt sich der ÖGB regelmäßig an den Aktionen des Europäischen Gewerkschaftsbundes.



2003: Arbeitsniederlegung im Betrieb. Die Straßenbahnen stehen still.

## Kampagnen und Streiks

Österreich hat eine tief verwurzelte sozial-partnerschaftliche Kultur, die Streikstatistiken belegen das: Österreich ist kein Land der Streikenden. Die Streikstatistik zeigt, dass es in Österreich im internationalen Vergleich sehr selten zu Arbeitsniederlegungen gekommen ist: Eine Ausnahme davon war das Jahr 2003. Damals mobilisierte der ÖGB am 3. Juni landesweit rund eine Million Menschen mit Erfolg gegen die Pensionsreformpläne der Regierung. Die Bundesregierung musste gegenüber dem Begutachtungsentwurf zahlreiche Änderungen vornehmen. Natürlich gibt es aber auch für den ÖGB immer wieder Anlässe für Protestaktionen und Kampagnen. Der ÖGB setzt Akti-

onen und Kampagnen ein, um zu informieren oder zu mobilisieren. Im Jahr 2014 startete der ÖGB eine Kampagne für mehr Nettoeinkommen für Arbeitnehmer:innen durch eine rasche Senkung der Einkommensteuer. Fast 900.000 Menschen unterstützten die Petition des ÖGB. Diese Einkommensteuersenkung wurde daraufhin in das Regierungsprogramm aufgenommen und trat am 1. Januar 2016 in Kraft - ein großer Erfolg für die Gewerkschaften.

Das Corona-Virus hat im Frühjahr 2020 eine Pandemie ausgelöst, deren Auswirkungen unsere gesamte Gesellschaft, Politik und Wirtschaft massiv beschäftigt hat. Sehr viele Menschen waren plötzlich mit Arbeitsplatzverlust und existen-

# PREISE RUNTER



Demo gegen die  
Kostenexplosion!

zieller Unsicherheit konfrontiert. ÖGB und Arbeiterkammer haben innerhalb weniger Tage reagiert und eine Job Corona-Hotline installiert, die Erstinformationen, sowie telefonische Rechtsberatung angeboten hat. Zwischen Mitte März und Ende Juli 2020 wurden über 100.000 Anrufe entgegengenommen. Die Website [www.jobundcorona.at](http://www.jobundcorona.at), die Informationen auf Deutsch und weiteren 11 Sprachen zur Verfügung stellte, wurde 1,2 Millionen Mal aufgerufen. Die gemeinsame Initiative von ÖGB und AK wurde zum zentralen Kommunikationsfenster zu berufstätigen Menschen, die in Sorge um ihre berufliche Existenz, dringend Rat und Hilfe brauchten.

Eine weitere ÖGB-Kampagne mit dem Titel "Mir reicht's" lief zwischen April und Dezember 2021 und hatte zum Ziel, die Gründung neuer Betriebsratskörperschaften zu initiieren. Ausgehend von einer Umfrage und Erfahrungsberichten über Betriebsrät:innen in den Massenme-



ÖGB-Kampagne "Mir reicht's"

dien konnten Kontaktdaten von Personen gesammelt werden, die an der Gründung eines Betriebsrats interessiert waren. Außerdem wurde ein Buddy-System eingerichtet. Schließlich konnte 2021 die Gründung von insgesamt 207 neuen Betriebsratskörperschaften verzeichnet werden, was 650 neu gewählte Betriebsratsmitglieder und mehr als 25.000 Arbeitnehmer:innen bedeutet, die nun organisiert sind.

Die neueste ÖGB-Kampagne „Preise runter“ beschäftigt sich mit der in Österreich sehr hohen Inflation. Die Kampagne startete im Sommer 2022 mit Straßenaktionen. Im Herbst fand eine Konferenz mit über 3.000 Betriebsrät:innen und anschließend Demos und Aktionswochen in allen Regionen Österreichs statt. Es wurde Druck auf die Regierung ausgeübt, die schnelle Lösungen für die Bevölkerung finden soll, die stark unter der höchsten Teuerung seit Jahrzehnten leidet. Der ÖGB fordert massive Preissenkungen bei Energie, Wohnen, Lebensmitteln und Mobilität. Die Teuerung ist leider weiterhin ein großes Problem und die Regierung bietet keine tiefgreifenden Lösungen für die Bevölkerung. Die Kampagne wird daher vorläufig bis zum ÖGB-Bundeskongress 2023 laufen und eventuell verlängert.



## Unsere Ziele

(aus dem Grundsatzprogramm des 20. ÖGB-Bundeskongresses 2023)

### 1. Klima, Energie, Transformation, Mobilität, Verkehr – Just Transition

Die Transformation unserer Wirtschaft erzeugt einerseits Jobverluste, andererseits entsteht qualitativ hochwertige Beschäftigung in ökologisch und sozial nachhaltigen Bereichen. Für den ÖGB steht die Gewährleistung eines leistbaren und verteilungsgerechten Übergangs im Vordergrund. Dafür braucht es eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur bestmöglichen Unterstützung der Arbeitnehmer:innen sowie Aufrechterhaltung und Schaffung neuer qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze. Der Ausbau der Daseinsvorsorge sowie sozialer und ökologischer Infrastruktur soll durch einen starken Staat in der Rolle des Strategen, Regulators, Nachfragers und Erbringers erfolgen.

### 2. Soziale Sicherheit

Unser Gesundheitssystem ist zahlreichen Herausforderungen ausgesetzt und muss entsprechend angepasst werden. Dabei sind u. a. die klima- und pandemiebedingten Auswirkungen sowie die demografische Entwicklung zu berücksichtigen. Eine besondere Bedeutung muss auch der Rolle der Beschäftigten im Gesundheitsbereich zukommen.

Ein starkes öffentliches Pensionssystem mit den Zielen, den Lebensstandard im Alter sicherzustellen und Altersarmut zu vermeiden ist unumgänglich. Die Sozialversicherung muss im Sinne der Versicherten weiterentwickelt werden und die finanzielle Sicherung langfristig sichergestellt werden.

### 3. Pflege, Armut, Sozialhilfe, Familienleistungen

Die Menschen leben immer länger und dadurch wird auch der Pflege- und Betreuungsbedarf steigen. Gleichzeitig verlassen viele Beschäftigte im Pflege- und Betreuungsbereich auf Grund der belastenden Arbeitsbedingungen die Branche. Es braucht dringend bessere Arbeitsbedingungen, höhere Entlohnung und eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich sowie kostenlose Ausbildungsplätze. Die Vereinbarkeit von





Landeskrankenhaus Feldkirch

Berufs- und Familienleben ist nach wie vor eine Herausforderung in Österreich. Es braucht einen Rechtsanspruch auf einen leistbaren Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag. Die Sozialhilfe soll durch eine bundeseinheitliche, existenzsichernde Mindestsicherung ersetzt werden – mit Mindestsätzen statt mit Maximalleistungshöhen.

## 4. Bildung

Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt. Allen Menschen muss der gleiche Zugang zu Bildung offenstehen, unabhängig von Herkunft und Hintergrund.

Schulen müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, dass die Potenziale jedes Kindes zur bestmöglichen Entfaltung gebracht werden.

Die Berufsausbildung der Zukunft muss auf einem breiten, fachlichen Fundament für die heute notwendige Mobilität am Arbeitsmarkt vorbereiten, das heißt sozial abgesichert, fair entlohnt und bestens qualifiziert. Für eine lebensbegleitende Weiterbildung braucht es einen Rechtsanspruch.

## 5. Wirtschafts- und Industriestandort

Der österreichische Industriestandort steht vor großen Herausforderungen. Die kurz-sichtige und neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat uns in eine Sackgasse geführt. Wir brauchen einen aktiven Staat zur Sicherung des Industriestandortes sowie für Investitionen in Infrastruktur und Zukunftstechnologien. Die regionale Wirt-



Aktion vor dem Bundeskanzleramt in Wien

schaft sowie Versorgungs- und Rohstoff-sicherheit sind zu stärken.

Alle haben ein Recht auf leistbare und umweltfreundliche Energie. Die Energieversorgung ist Aufgabe der öffentlichen Hand, weil der Markt allein das nicht kann. Der Grundbedarf an Energie ist zu leistbaren Preisen sicherzustellen. Gleichzeitig müssen wir Energie sparen. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge von der Wasserversorgung über die Gesundheit und Pflege, die Bildung bis hin zu öffentlichem Verkehr müssen für alle Menschen sichergestellt werden. Mittel für Gemeinden und Städte müssen dazu ausgeweitet werden.

## 6. Arbeitsmarkt

Die nächsten Jahre bringen große Veränderung am österreichischen Arbeitsmarkt. Mit den sogenannten „Baby-boomern“ geht eine große Gruppe an Arbeitnehmer:innen in Pension. Für die

nachfolgenden Generationen sind häufigere Wechsel von Arbeitsstellen üblich und Work-Life-Balance hat heute einen höheren Stellenwert. Neben der Gestaltung der zukünftigen Berufswelt wird aber auch Weiterbildung immer wichtiger – ein Berufsleben lang. Der tiefgreifende Strukturwandel, vor allem aufgrund von Versorgungskrisen, Digitalisierung und Klimakrise macht einen Paradigmenwechsel in der Qualifikationspolitik notwendig. Im Arbeitsmarktservice (AMS) soll daher Bildung der Vermittlung gleichgestellt werden. Dafür braucht das AMS ausreichend Ressourcen, um beides gut abwickeln zu können.

## 7. Arbeit und Einkommen

Gewerkschaften gestalten die Bedingungen der modernen Lohnarbeit. Dabei geht es um die Gestaltung der Erwerbsarbeit, um Rahmenbedingungen, um Löhne und



Gehälter, um Arbeitszeit, um den Schutz der Beschäftigten und nicht zuletzt auch darum, der zunehmenden Prekarisierung in der Arbeitswelt entgegenzutreten. In den letzten Jahren sehen wir uns zunehmend den Angriffen einer gewerkschaftsfeindlichen Politik von neoliberalen Parteien ausgesetzt. Dagegen gilt es entgegenzutreten. Es braucht einen kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. kollektivvertragliches Mindestgehalt von 2.000 Euro sowie kollektivvertragliche Mindestlehrlingseinkommen von 1.000 Euro. Es braucht eine Verkürzung der Normalarbeitszeit im Arbeitszeitrecht bei vollem Lohn- und Personalausgleich und Absenkung der höchstzulässigen Tages- und Wochenarbeitszeit. Die Gesundheit und Interessen der Arbeitnehmer:innen soll durch den Ausbau der Prävention sowie eine wirksame Kontrolle und abschreckende Strafen geschützt werden.

## 8. Europa, EU und Internationales

Der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU und enttäuschte Erwartungen der Arbeitnehmer:innen an die europäische Politik müssen als Weckruf gesehen werden: Es braucht eine europapolitische Neuausrichtung, in welcher die Interessen der Arbeitnehmer:innen und soziale sowie ökologische Ziele im Fokus stehen müssen. Österreich soll

eine aktive Außen- und Friedenspolitik auf Basis der Neutralität betreiben. Weiters soll eine gestärkte internationale Gewerkschaftskooperation vor allem mit den Ländern des Globalen Südens gestärkt werden. Zu den globalen Herausforderungen gilt es die Fluchtursachen und nicht Menschen zu bekämpfen. Dafür müssen neue Standards für gerechteres Wirtschaften, wie zum Beispiel Lieferkettengesetze, beschlossen werden, um die Ausbeutung der arbeitenden Menschen nachhaltig global zu verhindern.



Herstellung von Schuluniformen unter Einsatz von Kinderarbeit. Myanmar, 2013.

## 9. Demokratie, betriebliche Mitbestimmung

Die krisenbedingten Herausforderungen der letzten Jahre haben das gesellschaftliche Leben stark beeinflusst. Demokratiefeindliche Kräfte versuchen diese Verunsicherung in der Gesellschaft zu nutzen, stellen die demokratische Grundordnung in Frage und schlagen politisches Kapital aus der Krise. Der ÖGB tritt diesen

Entwicklungen entschieden entgegen. Wir setzen uns für eine pluralistische Gesellschaft ein, in der die Arbeitnehmer:innen einen besonderen Stellenwert haben, in der Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit sowie Chancengerechtigkeit und Gleichbehandlung der Geschlechter herrschen.

Die innerbetriebliche Mitbestimmung soll gestärkt werden und die Ver- oder Behinderung von Betriebsratswahlen gerichtlich strafbar gemacht werden.



Kollektivvertragsverhandlungen 2022: Betriebsversammlung im Miele Werk

# Die internationalen Beziehungen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung



1955: IBFG-Weltkongress in Wien



Aus der gewerkschaftlichen Sicht eines kleinen, von wirtschaftlichen Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene stark beeinflussten Landes kam der internationalen Zusammenarbeit seit jeher ein großer Stellenwert zu. Die internationalen Beziehungen des ÖGB heute sind daher vielfältig.

1945 war der Österreichische Gewerkschaftsbund dem einzigen damals bestehenden gewerkschaftlichen Weltverband,

dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) mit Sitz in Prag, beigetreten. 1949 folgte der Wechsel zum neugegründeten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) mit Sitz in Brüssel. Damit war zwar eine Neuausrichtung der internationalen Politik des ÖGB verbunden, doch blieben angesichts des vom ÖGB mitgetragenen Bekenntnisses Österreichs zur immerwährenden Neutralität im Jahr 1955 auch enge Kontakte zu Mitgliedsorganisationen des

WGB in Osteuropa erhalten. Dadurch trug die österreichische Gewerkschaftsbewegung zur Entspannungspolitik auf dem europäischen Kontinent bei.

Der ÖGB sprach sich – auch als Lehre aus der Geschichte der zersplitterten Gewerkschaften in Österreich vor dem zweiten Weltkrieg – gegen die Konkurrenz gewerkschaftlicher Verbände auf globaler Ebene aus. Er unterstützte daher den Gründungsprozess eines neuen Internationalen Gewerkschaftsverbandes, zusammengesetzt aus Mitgliedsorganisationen der aufgelösten Verbände IBFG und WVA sowie aus bisher international nicht affiliierten Verbänden. Die Abhaltung des Gründungskongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) am 1. November 2006 in Wien war eine große Anerkennung des Bestrebens des ÖGB um globale Gewerkschaftseinheit.



2006: IGB Gründungskongress in Wien



2022: EGB-Demo in Brüssel

Auch dem 1973 gegründeten Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) gehört der ÖGB als Gründungsmitglied an. Dem EGB kommt zwar heute eine Schlüsselrolle bei der Vertretung gewerkschaftlicher Interessen gegenüber den Europäischen Institutionen zu, er war aber zu keinem Zeitpunkt exklusiv nur für Organisationen aus Mitgliedsländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. späteren Europäischen Union (EU) bestimmt, sondern immer an den geografischen Grenzen Europas orientiert.

Die Prioritäten des ÖGB im Hinblick auf internationale Solidarität unterlagen im Laufe der Jahrzehnte gewissen Veränderungen. Angesichts der Dekolonisation der frühen 1960er Jahre trat die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in den unabhängig gewordenen afrikanischen Ländern im Rahmen des IBFG in





2022: Lehrgang für junge internationale Gewerkschafter:innen in Wien

den Vordergrund. Später beteiligte sich der ÖGB an Solidaritätsaktivitäten gegen diktatorische Regime (Chile, Portugal oder Spanien), gegen den Vietnamkrieg oder die südafrikanische Apartheidpolitik. In den 1970er Jahren stand die immer größer werdende Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Mittelpunkt des Engagements.

Seit 1990 entwickelte sich eine enge Kooperation mit der Gewerkschaftsbewegung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern, insbesondere mit den Nachbarländern Tschechische Repu-

blik, Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien. Auf Basis des EGB-Statuts wurden in den Grenzregionen Österreichs mehrere Interregionale Gewerkschaftsräte gegründet.

Die Landesorganisationen des ÖGB beteiligen sich an grenzüberschreitenden Aktivitäten mit Partnergewerkschaften in den Grenzregionen. Durch bilaterale Beziehungen und über internationale Projekte entstehen Kooperationen über die Grenzregionen hinaus. Hervorzuheben ist hier eine enge Zusammenarbeit mit Georgien und der Kaukasus Region, dem Westbalkan und Israel/Palästina.



Die internationalen Agenden des ÖGB werden durch das internationale Referat des ÖGB in Wien und das ÖGB Europabüro in Brüssel übernommen.

## Das Internationale Referat

Das internationale Referat des ÖGB beschäftigt sich mit vielseitigen internationalen Agenden. Diese reichen von Mitgliedschaften und aktiver Arbeit in internationalen Verbänden wie dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) oder der jährlichen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Pflege bilateraler Beziehungen bis hin zu internationalen Projekten, Studiengängen, Workshops und Veranstaltungen.

## ÖGB international

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
+43 (0)1534 44 39321  
international@oegb.at

## Das ÖGB-Europabüro

Das Europabüro ist die politische Vertretung des ÖGB bei der EU in Brüssel. Damit ist der ÖGB direkt vor Ort, um die Meinungsbildung auf europäischer Ebene mitzugestalten und den österreichischen Arbeitnehmer:innen bei den Entscheidungen der EU eine starke Stimme geben zu können.

Zur Abstimmung mit Gewerkschaften aus ganz Europa und zur gegenseitigen Unterstützung ist der ÖGB auch Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

## ÖGB Europabüro

Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel  
+32 (0) 2 230 7463  
europabuero@oegb-eu.at



